

Schmerzensgeldforderung

Mark Jäckel

Kalkoffenstrasse 1
66113 Saarbrücken

Tel.: 0681 97058950

Fax: 0681 98578312

Mobil: 01577 8071000

eMail: mark.jaeckel@hotmail.com

Amtsgericht Saarbrücken

Nebenstelle Heidenkopferdell
Bertha-von-Suttner-Str. 2
66123 Saarbrücken

Datum: 17.01.2025

Betreff: Schmerzensgeldforderung in Höhe von 1.000.000 € aufgrund von materiellen und immateriellen Schäden durch gerichtliche Entscheidungen –

Az.: 39 F 239/23 SO, 39 F 238/23 EASO, 39 F 49/23 EAGS, 39 F 221/22 EASO

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle ich eine Schmerzensgeldforderung in Höhe von **1.000.000 € (eine Million Euro)** gegen das Familiengericht Saarbrücken.

Diese Forderung basiert auf den erheblichen materiellen und immateriellen Schäden, die mir durch Entscheidungen des Gerichts im Zusammenhang mit manipulierten Gerichtsverfahren und dem **erlassenen Gewaltschutzbeschluss aufgrund einer Falschaussage** entstanden sind.

Zeitraum der Verantwortung

Der Zeitraum, für den ich das **Familiengericht Saarbrücken** verantwortlich mache, beginnt mit meinem **Schreiben an Richter Hellenthal vom 09.09.2022** – dem dritten Geburtstag meines Sohnes. An diesem Tag informierte ich das Gericht erstmals schriftlich und untermauerte meinen **Sorgerechtsantrag vom 18.08.2022** mit Beweisen und Stellungnahmen.

Seit diesem Zeitpunkt bis zum heutigen Tag hat das Gericht durch seine **Entscheidungen oder Unterlassungen** dazu beigetragen, dass mein Kind und ich getrennt wurden und schwerwiegende Schäden entstanden sind.

Ich musste erleben, wie mir mein Kind entzogen wurde, nachdem die Kindesmutter – eine **unberechenbare Alkoholikerin** – vor einer Therapie floh, obwohl ihre **psychische Erkrankung offensichtlich war**. Trotz dieser Umstände und meiner eindringlichen Warnungen wurden **keine schützenden Maßnahmen ergriffen**.

Das Verhalten des Jugendamts, mit dem **keine Klärung möglich war**, zwang mich schließlich, den gerichtlichen Weg zu beschreiten. Seitdem bin ich **über zwei Jahre lang von meinem Kind getrennt**, während umgekehrt auch mein Kind dieser Beziehung beraubt wurde. Dies geschah, weil das Gericht offenbar unbelegte Behauptungen institutioneller Interessengruppen höher bewertet hat, als die von mir vorgelegten, belegbaren Beweisen als leiblicher Vater.

Dieser Schaden ist irreversibel und **lässt sich nicht in Form eines Ersatzes wiedergutmachen**. Daher mache ich ausdrücklich **keinen Schadensersatz geltend, sondern Schmerzensgeld** für den seelischen Schmerz, der durch die Entscheidungen des Gerichts verursacht wurde.

Die geforderte Summe von **1.000.000 €** ist angesichts des tatsächlichen Ausmaßes des Schadens **gering angesetzt**. Sie sollten diese Forderung daher **als Entgegenkommen meinerseits** betrachten.

1. Schwerpunkt: Entfremdung vom Kind

Durch die Entscheidungen des Gerichts wurde mir über einen Zeitraum von **30 Monaten** der Kontakt zu meinem Kind **vollständig entzogen oder erheblich eingeschränkt**. Dies führte zu:

- **Schwerwiegenden psychischen Belastungen**, die durch amtsärztliche Stellungnahmen und neurologische Befunde belegt sind,
- **einer nachhaltigen Schädigung der Vater-Kind-Beziehung**,
- **einer Verletzung meines Rechts auf Familie gemäß Artikel 6 EMRK**,
- **einer Verletzung meines Rechts auf gerichtliches Gehör gemäß Artikel 103 Grundgesetz (GG)**,
- **einer Verletzung des Familienverfahrensgesetzes gemäß § 29 FamFG**,
- **einer Verletzung der Zivilprozessordnung gemäß § 128 Abs. 2 ZPO**.

Trotz mehrfacher fundierter Beweise und zahlreicher Anträge meinerseits wurden **gerichtliche Maßnahmen entweder ergriffen oder unterlassen**, die die **Entfremdung von meinem Kind weiter verstärkten**.

Diese **Missachtung des Kindeswohls durch das Gericht** hat nicht nur mein Leben als Vater zerstört, sondern auch meinem Kind **schweren Schaden** zugefügt.

2. Materielle und immaterielle Schäden durch berufliche Konsequenzen

Der im Verfahren **erlassene Gewaltschutzbeschluss** vom **16.02.2023**, der auf **falschen Aussagen** basierte und unter der Verantwortung von **Richter Hellenthal** erlassen wurde, hatte gravierende Auswirkungen auf meine berufliche und finanzielle Existenz:

- **Er führte zum Verlust meiner Sicherheitsüberprüfung** und damit zum Verlust meiner **unbefristeten Vollzeitstelle**,
 - **Er führte zum Ruin meiner finanziellen Lebensgrundlage**,
 - **Er beschädigte nachhaltig meine berufliche Reputation**, sodass eine **Wiedereingliederung in mein Berufsfeld faktisch unmöglich wurde**.
-

3. Verweis auf umfangreiche Begründung und Dokumentation

Eine detaillierte Begründung der genannten Punkte sowie eine umfassende Dokumentation werden auf Anfrage nachgereicht. Diese umfassen:

- **Amtsärztliche und kassenärztliche Stellungnahmen**, die die psychischen und physischen Belastungen sowie die neurologischen Folgen dokumentieren, die durch die traumatischen Ereignisse und die fortwährende Belastungssituation entstanden sind,
 - **Neurologische Befunde**, die auf Traumatisierungen durch das Verfahren hinweisen,
 - **Eine chronologische Auflistung von dutzenden Anträgen, Schreiben und Bemühungen**, die ohne Erfolg blieben,
 - **Nachweise über den Verlust der Sicherheitsüberprüfung und der beruflichen Anstellung**,
 - sowie **weitere Belege, die die Entfremdung von meinem Kind und die damit verbundenen Schäden detailliert darlegen**.
-

Fristsetzung

Ich bitte Sie, meine Forderung innerhalb einer Frist von **7 Tagen** zu prüfen und mich über das weitere Vorgehen zu informieren. Sollte keine Einigung erzielt werden, sehe ich mich gezwungen, **weitere rechtliche Schritte**

einzuweisen und alternative Wege zu wählen, um auf die schwerwiegenden Mißstände aufmerksam zu machen und eine Aufarbeitung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen,
Mark Jäckel

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Jäckel', written in a cursive style.

für Nicolas